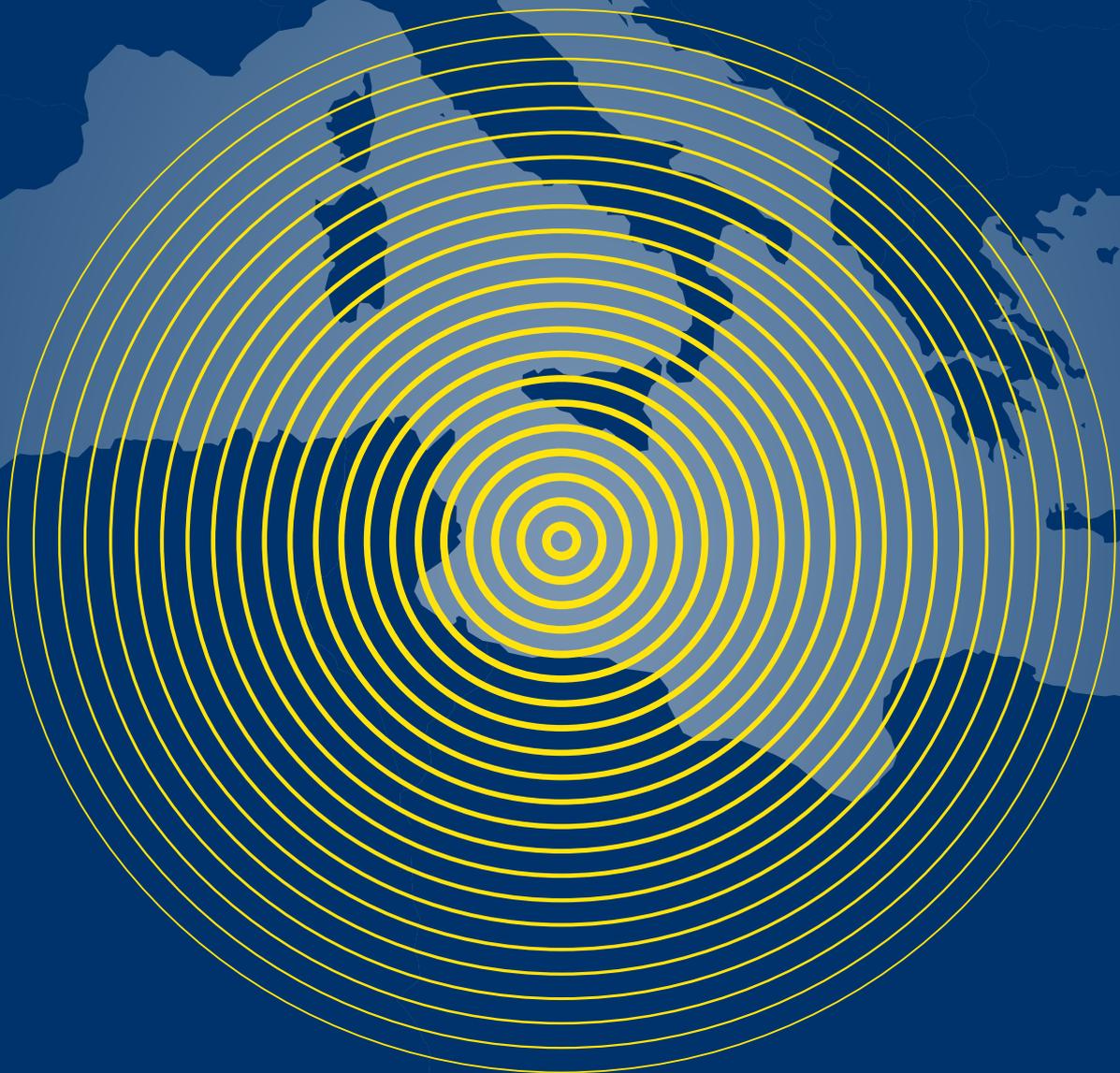


10 Jahre zivile Seenotrettung im zentralen Mittelmeer

Chronologie der Fluchtbewegungen und der Seenotrettung
im zentralen Mittelmeerraum von 2015 bis 2025.



2015

10 Jahre zivile Seenotrettung im zentralen Mittelmeer

Chronologie der Fluchtbewegungen und der Seenotrettung im zentralen Mittelmeerraum – zwischen Libyen, Tunesien, Italien und Malta – von 2015 bis 2025. Die Darstellung zeigt, wie sich Rolle und Einsatz ziviler Rettungsorganisationen im Kontext politischer Entscheidungen, europäischer Migrationspolitik und humanitärer Herausforderungen entwickelt haben. Dabei werden zentrale Ereignisse, rechtliche Rahmenbedingungen und operative Veränderungen im Bereich der Seenotrettung nachgezeichnet.



2025

2012

Seit den 2000er Jahren ist die zentrale Mittelmeerroute, die Nordafrika mit Italien und Malta verbindet, eine wichtige Route für Menschen, die versuchen, Europa zu erreichen.

Diese Route führt vor allem über Länder wie Libyen, Tunesien, Algerien und Ägypten.¹ Mit dem Sturz des Gaddafi-Regimes 2011 in Libyen endete die bis dahin bestehende Zusammenarbeit zwischen der EU und der libyschen Führung im Bereich der Migrationskontrolle. In der Folge entwickelten sich neue Migrationsrouten, auf die mit veränderten Maßnahmen der Grenzsicherung reagiert wurde – darunter völkerrechtswidrige Rückführungen nach Libyen durch die italienische Küstenwache

_23. Februar 2012:

Hirsi Jamaa gegen Italien – Ein bahnbrechendes Gerichtsurteil, das die Rechte von flüchtenden Menschen auf See bestätigt.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte entscheidet einstimmig, dass Italien gegen mehrere Bestimmungen der Europäischen Menschenrechtskonvention verstoßen hat, indem es auf See gerettete Personen ohne angemessene Prüfung abgefangen und nach Libyen zurückgeschickt hat. Mit diesem Urteil wird der Grundsatz der Nichtzurückweisung bekräftigt, der besagt, dass Staaten Personen nicht in Länder zurückschicken dürfen, in denen ihnen tatsächlich Folter oder unmenschliche Behandlung droht.

_Oktober 2013:

Zwei Schiffsunglücke vor Lampedusa.

Am 3. Oktober 2013 und am 11. Oktober 2013 ertrinken insgesamt 636 Menschen, als zwei in Seenot geratene Boote vor der Küste von Lampedusa sinken.

_18. Oktober 2013:

Die italienische Such- und Rettungsoperation „Mare Nostrum“ beginnt.²

Die Operation Mare Nostrum wird von der italienischen Regierung als militärischer und humanitärer Einsatz zur Bewältigung der humanitären Notlage eingeleitet. An der Operation sind 700 bis 1.000 Personen sowie See- und Luftstreitkräfte der Marine, der Luftwaffe, der Carabinieri, der Finanzpolizei, des Hafenmeisterkorps, der Küstenwache, des Militärkorps des Italienischen Roten Kreuzes und der Staatspolizei beteiligt. Die Operation nutzt Schiffe der italienischen Marine.

2013

2014

_August 2014:

Das erste NGO-Schiff beginnt mit Such- und Rettungseinsätzen.

Die Phoenix, das erste NGO-Schiff der Organisation MOAS (Migrant Off-shore Aid Station) startet mit Seenotrettungsmissionen im zentralen Mittelmeer von der Insel Malta aus.

_Oktober 2014:

Gründung der zivilen Notfall-Hotline Alarm Phone.

Die zivile Notrufzentrale Alarm Phone wird gegründet, um Menschen, die in Seenot geraten, zu unterstützen.

_30. Oktober und 1. November 2014:

Die italienische Such- und Rettungsaktion „Mare Nostrum“ wird durch die europäische EU-Frontex-Operation „Triton“ ersetzt.

Nach nur einem Jahr endete die italienische Such- und Rettungsmission „Mare Nostrum“ bereits, da die EU Italien die Unterstützung für die Aufrechterhaltung der Operation verweigerte. In einem Jahr hatte die Operation über 100.000 Menschen aus Seenot gerettet.³ Die daraufhin startende Operation Triton wird als Grenzsicherungsmission und nicht als Rettungsmission mandatiert und wird von Frontex im Auftrag der italienischen Behörden koordiniert. Die Operation erstreckt sich nur auf Gebiete bis zu 30 Seemeilen vor der italienischen Küste.



2015

_18. April 2015:

Großes Schiffsunglück

Mitten in der Nacht kentert ein Boot in den Gewässern zwischen Libyen und Italien. Eine unbestimmte Zahl von Menschen, schätzungsweise 700 bis 900, kommt bei dem Unglück ums Leben. 58 Personen werden gesichert für tot erklärt, nur 28 überleben.

_Mai 2015:

Beginn zivile Seenotrettung

Zahlreiche Menschen aus der europäischen Zivilgesellschaft wollen nicht weiter zusehen, wie Staaten ihre Pflicht zur Seenotrettung verweigern, und fahren mit zivilen Rettungsschiffen ins zentrale Mittelmeer.

_26. Oktober 2015:

Die EU-Militäroperation „Sophia“ wird im zentralen Mittelmeer gestartet.

Die Europäische Union startet die Militäroperation EUNAVFOR MED, auch bekannt als „Sophia“, im zentralen Mittelmeer zur Bekämpfung von Menschenhandel und Schmuggel. Ab Juni 2016 wird ihr Mandat auf die Umsetzung des UN-Waffenembargos gegen Libyen und die Ausbildung der sogenannten libyschen Küstenwache ausgeweitet.

_März 2016:

EU-Türkei-Abkommen – Auswirkungen auf die Mittelmeerrouten.

Das EU-Türkei-Abkommen von 2016 zwingt viele Schutzsuchende auf noch gefährlichere Fluchtrouten wie das zentrale Mittelmeer. Das Abkommen wird zudem scharf kritisiert, weil es Schutzsuchende in die Türkei zurückschickt, die für Flüchtlinge nicht sicher ist.

November 2016: Schwere Schiffsunglücke vor libyscher Küste
Am 3. und 4. November ereignen sich vor der libyschen Küste zwei Schiffsunglücke, bei denen über 240 Menschen ums Leben kommen. Insgesamt werden im Jahr 2016 mit über 4.500 Toten die meisten Todesfälle innerhalb eines Jahres registriert.

2017

_2. Februar 2017:

Unterzeichnung des Memorandum of Understanding (MoU) zwischen Italien und Libyen.

Die italienische Regierung unterzeichnet eine Vereinbarung mit der libyschen Regierung über die Zusammenarbeit im Entwicklungsbereich, bei der Bekämpfung der illegalen Einwanderung, des Menschenhandels sowie bei der Verstärkung der Grenzsicherheit. Italien verpflichtet sich, der sogenannten libyschen Küstenwache Ausrüstung und technische Unterstützung zu gewähren. Libyen ist ein Land im Bürgerkrieg, in dem verschiedene Milizen um politischen Einfluss und Zugang zu Ressourcen kämpfen.

_3. Februar 2017:

Unterzeichnung der Erklärung von Malta durch die Staats- und Regierungschefs der EU.

Die EU-Mitgliedstaaten beschließen, 200 Millionen Euro für die von den Vereinten Nationen unterstützte Regierung in Libyen bereitzustellen und unter anderem die sogenannte libysche Küstenwache auszurüsten. Damit wird der Grundstein dafür gelegt, dass Menschen auf der Flucht systematisch abgefangen und nach Libyen zurückgeschleppt werden, wo sie in Folterlagern gefangen gehalten werden und ihnen, wie ein UN-Bericht später feststellt, Verbrechen gegen die Menschlichkeit drohen.

_Juli 2017:

Italien gibt einen Verhaltenskodex für Such- und Rettungsorganisationen vor.

Italien legt einen rechtlich nicht bindenden Verhaltenskodex für Seenotrettungsorganisationen vor. Viele NGOs lehnen ihn ab, da er ihre Einsatzfähigkeit einschränken und grundlegende humanitäre Prinzipien wie Neutralität und Unabhängigkeit verletzen könnte. Alle Seenotrettungsorganisationen setzen ihre Einsätze im Einklang mit internationalem Seerecht fort. Auch wenn der Kodex formal unverbindlich ist, dient er als Hebel für restriktivere Maßnahmen gegenüber NGOs.

2016

2018

_1. August 2017:

Beschlagnahmung des Rettungsschiffs Iuventa.

Die Iuventa, die von der deutschen NGO Jugend Rettet betrieben wird, wird von den italienischen Behörden beschlagnahmt, weil sie angeblich „Beihilfe zur illegalen Einwanderung“ leistet. Diese Beschlagnahmung ist der Beginn einer Untersuchung der Aktivitäten der NGO Jugend Rettet und ihrer Besatzung sowie anderer damit verbundener Organisationen.

_2017-2025:

Unterstützung für Libyen über den EU-Treuhandfonds für Afrika (EUTF).

Seit 2017 unterstützt und finanziert die EU die sogenannte libysche Küstenwache über den EU-Treuhandfonds für Afrika. Die Projektdurchführung umfasst Schulungen und die Lieferung von Ausrüstung wie Schnellbooten und anderen Fahrzeugen sowie die Reparatur und Wartung von Schiffen. Insgesamt werden 57,2 Millionen Euro bereitgestellt. Die Durchführungsphase läuft bis 2025.

_1. Februar 2018:

Die Operation „Themis“ der EU-Grenzschutzagentur Frontex löst die Operation „Triton“ ab.

Die Operation Themis erweitert die Luftüberwachungskapazitäten im zentralen Mittelmeerraum mit dem Ziel der Grenzkontrolle mit verschiedenen Flugzeugen erheblich. Zivile Rettungsschiffe werden von Frontex in aller Regel nicht über gesichtete Boote in Seenot informiert.

_Juni 2018:

Anklagen gegen Iuventa-Besatzungsmitglieder.

Die Staatsanwaltschaft von Trapani informiert zehn Mitglieder der Iuventa-Besatzung offiziell über ein Ermittlungsverfahren wegen „Beihilfe zur illegalen Einwanderung“. Eines der umfangreichsten Strafverfahren gegen Mitglieder der zivilen Such- und Rettungsorganisationen beginnt.

_Juni 2018:

4 Monate Verwaltungshaft für Sea-Watch 3 in Malta.⁵

Die Sea-Watch 3 wird in Valletta, Malta, festgehalten, nachdem die maltesischen Behörden bei einer Inspektion Bedenken hinsichtlich der Registrierung und Sicherheit des Schiffes geäußert hatten. Trotz einer niederländischen Inspektion, die die Konformität der Sea-Watch 3 bestätigt, verweigert Malta dem Schiff fast vier Monate lang die Genehmigung zum Auslaufen.

_Juni 2018:

Malta und Italien schließen ihre Häfen für aus dem Meer gerettete Menschen.

Die maltesische Regierung kündigt die generelle Schließung ihrer Häfen für Schiffe der zivilen Seenotrettung an. Italiens Innenminister Matteo Salvini erklärt die italienischen Häfen für NGO-Rettungsschiffe ebenfalls für geschlossen. Nach der Rettung von 629 Menschen wird dem NGO-Schiff Aquarius (SOS Mediterranée) ein sicherer Hafen in Italien und Malta verweigert, sodass die Situation an Bord unhaltbar wird. Spanien weist schließlich 36 Stunden später einen Hafen in Valencia zu, der nach einer weiteren Woche auf See erreicht wird. Malts und Italiens Politik der „geschlossenen Häfen“ führt zu unnötig langen Wartezeiten, in denen Überlebende und Besatzung auf See gestrandet sind, während über sichere Orte verhandelt werden muss.

_28. Juni 2018:

Einrichtung einer libyschen Such- und Rettungszone (SAR-Zone).

Libyen meldet bei der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation (IMO) eine libysche Such- und Rettungszone an, in der ein libysches Rettungskoordinationszentrum für die Koordinierung von Such- und Rettungsmaßnahmen, einschließlich der Zuweisung eines sicheren Ortes, zuständig ist. Ein funktionstüchtiges libysches Rettungskoordinationszentrum gibt es nicht, die sogenannte libysche Küstenwache setzt sich aus verschiedenen Milizen zusammen. Die EU unterstützt die Einrichtung einer solchen SAR-Zone, um die Verantwortung trotz der dramatischen Menschenrechtslage in Libyen auslagern zu können.



_7. Juli 2018:

Die Zivilgesellschaft organisiert sich für Seenotrettung.

Die zivilgesellschaftliche Bewegung Seebrücke wird in Deutschland gegründet. Mehr als 79.000 Menschen gehen in 30 deutschen Städten auf die Straße, um gegen das Sterben an Europas Grenzen zu protestieren. Dies ist der Beginn starker zivilgesellschaftlicher Zusammenschlüsse in ganz Deutschland.

_August 2018:

Gibraltar entzieht der Aquarius die Flagge.

Auf Druck der italienischen Regierung streicht Gibraltar die Aquarius, das Rettungsschiff von SOS Méditerranée, aus seinem Flaggenregister. Das Schiff ist gezwungen, sich unter einer neuen Flagge - Panama - registrieren zu lassen, um weiterzufahren. Zwei Monate später knickt auch Panama vor dem italienischen Druck ein und entzieht ebenfalls die Flagge. Dies ein beispielloser Fall von politischer Instrumentalisierung eines in den Seerechtsübereinkommen garantierten Kernprinzips, nämlich der Freiheit der Schifffahrt.

_August 2018:

Ermittlungen gegen Italiens Innenminister Salvini.

Die sizilianische Staatsanwaltschaft leitet ein Ermittlungsverfahren gegen den italienischen Innenminister Matteo Salvini wegen Freiheitsberaubung, unrechtmäßiger Inhaftierung und Amtsmissbrauchs ein, weil er die Überlebenden eines Schiffes der italienischen Küstenwache nicht von Bord gehen ließ. Daraufhin ordnet Salvini die Ausschiffung der Überlebenden an. Der Senat stimmt gegen die Aufhebung der Immunität Salvinis und verhindert damit ein Gerichtsverfahren gegen ihn.

_Oktober 2018:

Rechtsextremer Angriff auf das französische Büro von SOS Méditerranée.

Der französische Hauptsitz der NGO SOS Méditerranée wird von einer Gruppe Rechtsradikaler attackiert, die Mitglieder der Organisation tätlich angreifen.

_November 2018:

Strafverfolgung und drohende Beschlagnahme der Aquarius.

Die Staatsanwaltschaft in Catania, Sizilien, leitet Ermittlungen gegen Ärzte ohne Grenzen ein. Der Vorwurf lautet, dass die medizinischen Abfälle auf dem Schiff unsachgemäß entsorgt wurden. Die italienischen Behörden ordnen die präventive Beschlagnahme der Aquarius (SOS Méditerranée) bei ihrer Wiedereinfahrt in italienische Gewässer an.

_Dezember 2018:

Salvini-Dekret I (Sicherheitsdekret I).

Das Dekret zielt in erster Linie auf eine Verschärfung der italienischen Einwanderungspolitik ab, einschließlich der Abschaffung des humanitären Schutzes, der Einschränkung der Asylverfahren und der Formalisierung der Politik der „geschlossenen Häfen“.



2019



_März 2019:

In Malta werden drei Jugendliche festgenommen und wegen Terrorismus angeklagt (El Hiblu 3).

Die drei Jugendlichen werden festgenommen, nachdem sie von einem Tanker gerettet worden waren, der zunächst versuchte, die geretteten Personen illegal zurück nach Libyen zu bringen. Die Jugendlichen hatten sich dafür starkgemacht, im Einklang mit Menschen- und Seerecht nach Malta als nächsten sicheren Hafen gebracht zu werden. Ihnen drohen schwere Anklagen, unter anderem mit dem Vorwurf des Terrorismus. Die UN fordern, die Anklage gegen die El Hiblu 3 fallen zu lassen.

_12. April 2019:

Osteraufruf von 223 Abgeordneten des Deutschen Bundestages zur Seenotrettung.

223 Abgeordnete des Deutschen Bundestages fordern den Schutz der Rechte von flüchtenden Menschen auf See und die Wahrung ihrer Menschenrechte.

_11. Juni 2019:

Salvini stellt Seenotrettung per Dekret unter Strafe (Salvini-Dekret II).

Die italienische Regierung erlässt ein Dekret, das die Rettung von Menschen in Seenot zu einer Straftat macht. Schiffen, die ohne Genehmigung in italienische Hoheitsgewässer einfahren, drohen Geldstrafen zwischen 10.000 und 50.000 Euro.

_29. Juni 2019:

Kapitänin Carola Rackete läuft trotz fehlender Genehmigung in den Hafen von Lampedusa ein.

Nach einer Rettung von 53 Personen vor der libyschen Küste wird der Sea-Watch 3 über 17 Tage die Einfahrt in einen Hafen verweigert. Als die Situation an Bord untragbar wird und Wohlergehen der Geretteten auf dem Spiel steht, läuft die Kapitänin Carola Rackete ohne Genehmigung in den Hafen von Lampedusa ein. Sie wird verhaftet und wegen Befehlsverweigerung und Gefährdung eines Schiffes angeklagt. Ihr drohen bis zu 10 Jahre Gefängnis. Am 2. Juli entscheidet ein italienischer Richter, dass Rackete gehandelt hat, um Leben zu retten, und ordnet ihre Freilassung an.

_Von August bis November 2019:

Behinderung von Luftaufklärung.

Das zivile Flugzeug Moonbird von Sea-Watch erhält keine Genehmigungen mehr für Flüge von und nach Lampedusa. Die Crew der Moonbird sichtet Seenotfälle im zentralen Mittelmeer und informiert die Rettungsleitstellen und umliegende Schiffe.

_23. September 2019:

Vorläufiger EU-Verteilungsmechanismus für gerettete Menschen.

Die Minister Deutschlands, Frankreichs, Italiens und Maltas einigen sich auf ein neues, befristetes Verteilungssystem für die Aufnahme von aus Seenot geretteten Menschen, um die Mittelmeer-Anrainerstaaten Italien und Malta zu entlasten. Der Mechanismus ist auf sechs Monate befristet. Da er auf freiwilliger Beteiligung beruht, führt er zu einer uneinheitlichen Umsetzung und wird nicht fortgesetzt.



20 20

_1. April 2020:

Die Operation „Irinì“ der European Union Naval Force Mediterranean (EUNAVFOR MED) löst die Operation „Sophia“ ab.

Ziel der Mission „Irinì“ ist es, das UN-Waffenembargo gegen Libyen umzusetzen und die Kapazitäten der sogenannten libyschen Küstenwache durch Ausbildung weiter zu verbessern. Such- und Rettungseinsätze sind nicht mehr ausdrücklich Teil des Mandats. Die Schiffe der Operation patrouillieren im östlichen Teil des zentralen Mittelmeers, weit entfernt von dem Gebiet, in dem die meisten Seenotfälle stattfinden.

_April 2020:

Italien und Malta erklären ihre Häfen für „unsicher“, bei maltesischem Pushback nach Libyen sterben 12 Menschen.

Im April 2020 erklären Italien und Malta unter dem Vorwand der COVID-19-Pandemie ihre Häfen per Dekret für unsicher.⁶ Deutschland appelliert an die Seenotrettungs-NGOs, nicht zu operieren. In der Zwischenzeit verweigern Italien und Malta über Ostern die Hilfe für Menschen in Not. Zwölf Personen sterben, und die übrigen wurden unter der Koordination der maltesischen Behörden nach Libyen zurückgeschoben.⁷ Andere Menschen in Not werden von den NGO-Schiffen Alan Kurdi (Sea-Eye) und Aita Mari (Salvamento Marítimo Humanitario) gerettet, die beide unter Quarantäne gestellt und politisch motivierten Hafensstaatskontrollen und damit verbundenen Festnahmen unterzogen wurden.⁸ In den darauffolgenden Jahren missbrauchen die italienischen Behörden die Hafensstaatskontrollen, um NGO-Schiffe festzuhalten und so ihre Arbeit zu behindern.

_August - September 2020:

Längster „Stand-off“ in der Geschichte der zivilen Seenotrettung: 38 Tage an Bord eines Handelsschiffes.

38 Tage lang warten 27 gerettete Personen an Bord des Handelsschiffs Maersk Etienne vor der maltesischen Küste darauf, an Land gehen zu können. Malta verweigert eine Anlandung. Schließlich werden sie von dem NGO-Schiff Mare Jonio an Bord genommen, das sie in Sizilien an Land bringt.⁹

20 21

_September 2020:

Neuer Pakt zu Migration und Asyl und „Empfehlungen“ zu Seenotrettungs-NGOs.

Die Europäische Kommission unterbreitet einen Vorschlag für einen neuen Pakt zu Migration und Asyl, der auch Empfehlungen¹⁰ für die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten in Bezug auf die Tätigkeit von NGO im Bereich der Seenotrettung enthält. Im Einklang mit dieser Empfehlung wird 2021 die „EU-Kontaktgruppe für Such- und Rettungsdienste“ eingerichtet.¹¹

_September - Oktober 2020:

Das zivile Flugzeug Moonbird von Sea-Watch wird von der italienischen Zivilluftfahrtbehörde in Lampedusa am Boden gehalten.

Die italienische Zivilluftfahrtbehörde untersagt Moonbird jegliche Flüge mit der Begründung, dass das Flugzeug aufgrund der Anzahl der Flüge gewerbliche Tätigkeiten durchführen würde. Außerdem beschuldigt sie Moonbird, Such- und Rettungseinsätze durchzuführen, was für ein privates Flugzeug nicht zulässig wäre. Darüber hinaus argumentierte die italienische Zivilluftfahrtbehörde, dass Moonbird durch seine bloße Anwesenheit auf See ein Sicherheitsrisiko für andere Flugzeuge und Menschen darstellen würde.

_1. März 2021:

Polizeirazzien in ganz Italien und Einleitung von Ermittlungen gegen Mitglieder der NGO Mediterranea.

Zum ersten Mal führt die italienische Polizei Razzien gegen Mitglieder einer Seenotrettungsorganisation durch. Die Staatsanwaltschaft von Ragusa hatte Ermittlungen gegen Mitglieder der NGO Mediterranea eingeleitet, unter anderem wegen des Vorwurfs der Beihilfe zur illegalen Einreise.¹²

_2. März 2021:

Anklagen gegen 21 Mitglieder von NGOs.

Im Anschluss an die nach der Beschlagnahmung der Iuventa eingeleiteten Ermittlungen werden 21 Personen von NGOs, die an

20 22

Seenotrettungsaktionen im Mittelmeer beteiligt waren, angeklagt, darunter vier Besatzungsmitglieder der Iuventa. Im Falle einer Verurteilung drohen ihnen Haftstrafen von 5-20 Jahren und Geldstrafen von 15.000 Euro für jede gerettete Person.

_Juni 2021:

Neues EU-Finanzierungsinstrument für die Externalisierung.

Das Instrument für Nachbarschaftspolitik, Entwicklung und internationale Zusammenarbeit (NDICI) löst den Treuhandfonds der Europäischen Union für Afrika (EUTF) ab und dient der Finanzierung des auswärtigen Handelns der EU. Unter dem Deckmantel eines Entwicklungshilfeeinstruments lagert die EU ihre Verantwortung für Seenotrettungsmaßnahmen weiter an Libyen und Tunesien aus. Sie stellt mindestens 12 Millionen Euro für eine Ausbildungsakademie für Grenzschutzbeamte und 8 Millionen Euro für die Modernisierung des libyschen maritimen Koordinationszentrums bereit. Im Rahmen des NDICI stellt die EU zwischen 2021 und 2022 35 Mio. EUR bereit, um die Grenzverwaltung und die Such- und Rettungskapazitäten in Tunesien zu verbessern. Die Durchführungsphase dieser Projekte soll bis 2027 andauern.

_Oktober 2021:

Im deutschen Koalitionsvertrag wird die Pflicht zur Rettung verankert.

Die Bundesregierung erwähnt in ihrem Koalitionsvertrag die Pflicht zur Rettung von Menschen aus Seenot gemäß dem internationalen Seerecht. Darüber hinaus verkündet sie, ein europäisch geführtes Seenotrettungsprogramm anzustreben.

_November 2021:

Refugees in Libya protestieren in Tripoli.

100 Tage lang protestieren rund 1000 geflüchtete Menschen, die in Libyen festsitzen und willkürlichen Verhaftungen und Deportationen in libysche Internierungslager ausgesetzt sind, vor dem UNHCR Headquarter in Tripoli gegen die grausamen Bedingungen und die Ignoranz der Weltöffentlichkeit. Im Januar 2022 stürmen Milizen das Protestcamp und verschleppen die Menschen in Internierungslager. Ihr Protest reißt aber nicht ab, sondern wird zum Startpunkt der Organisation Refugees in Libya.

_April 2022:

Rücktritt von Fabrice Leggeri, Direktor von Frontex.¹³

Der Direktor der EU-Grenzschutzagentur Frontex, Fabrice Leggeri, tritt zurück. Frontex sieht sich mit Vorwürfen konfrontiert, in illegale Push-backs an den europäischen Außengrenzen verwickelt zu sein.

_21. Mai 2022:

Strafverfahren gegen Mitglieder der Iuventa-Besatzung beginnt.

Nach fast fünf Jahren strafrechtlicher Ermittlungen beginnt das Vorverfahren gegen die Besatzungsmitglieder des NGO-Schiffs Iuventa. Einigen von ihnen drohen bis zu 20 Jahre Haft. Den Angeklagten wird vorgeworfen, Beihilfe zur illegalen Einreise geleistet zu haben.

_22. Juni 2022:

21 europäische Staaten verabschieden einen „freiwilligen Solidaritätsmechanismus“.¹⁴

Der „freiwillige Solidaritätsmechanismus“ wird auf dem Treffen der EU-Innenminister von 18 EU-Mitgliedstaaten und drei weiteren Ländern verabschiedet. Dieser Mechanismus zielt darauf ab, auf See gerettete Personen von den EU-Außengrenzen in andere europäische Mitgliedsstaaten zu bringen oder finanzielle Unterstützung für externe Migrationskontrolle, Grenzüberwachung und andere repressive Maßnahmen zu leisten. Der Verteilungsmechanismus ist auf ein Jahr befristet und rechtlich nicht bindend.

_1. August 2022:

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) erklärt willkürliche Hafentaatskontrollen für unrechtmäßig.¹⁵

Das Urteil des EuGH klärt den Rechtsrahmen für Hafentaatskontrollen in der EU und betont, dass Hafentaatskontrollen zwar legitim sind, um die Sicherheit von Schiffen zu gewährleisten, willkürliche Kontrollen, die sich gegen humanitäre Schiffe richten, jedoch nicht zulässig sind.

_2. November 2022:

Memorandum of Understanding (MoU) zwischen Italien und Libyen wird erneuert.

Trotz Berichten über schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen an flüchtenden Menschen in Libyen und durch die sogenannte libysche Küstenwache wird die Vereinbarung zwischen Libyen und Italien automatisch verlängert. Sie sieht auch die weitere Unterstützung Libyens durch Italien im Bereich der Grenzkontrolle sowie der Such- und Rettungsmaßnahmen vor.

_November 2022:

Ocean Viking fährt nach Frankreich zur Ausschiffung der Überlebenden.

Nachdem sich die italienische Regierung geweigert hat, den Überlebenden an Bord des Rettungsschiffs Ocean Viking (SOS Méditerranée) einen sicheren Ort zuzuweisen, bittet die Besatzung Rettungsleitstellen in anderen europäischen Mittelmeerranrainerstaaten um einen sicheren Hafen. Die 234 Menschen an Bord des Rettungsschiffs können schließlich in Toulon, Frankreich, an Land gehen. Frankreich verweigert jedoch offiziell mehr als der Hälfte der Menschen die Einreise. Das Ereignis löst einen Streit zwischen Italien und Frankreich aus und führt zu Diskussionen und der Ausarbeitung eines Fahrplans innerhalb der EU-Kontaktgruppe für Suche und Rettung, die von der Europäischen Kommission geleitet wird.¹⁶

_16. Dezember 2022:

Richtungsweisendes Gerichtsurteil zum Schiffunglück von 2013.

Das Gericht in Rom entscheidet, dass die italienische Küstenwache und Marine für den Tod von 268 Menschen verantwortlich sind, die bei dem Schiffunglück vom 11. Oktober 2013 ums Leben kamen. Die Richter bekräftigen, dass Notrufe auf See vordringlich entgegengenommen werden müssen und dass unverzüglich Rettungsmaßnahmen einzuleiten sind.¹⁷

_Dezember 2022:

Die Praxis der entfernten Häfen ersetzt die Politik der geschlossenen Häfen.

Die italienische Regierung beginnt damit, weit entfernte Häfen im Norden und Osten des Landes zuzuweisen, anstatt sicherzustellen, dass die Überlebenden so schnell wie möglich in Übereinstimmung mit dem internationalen Seerecht in Häfen im Süden des Landes ausgeschifft werden. Dies stellt eine unnötige Belastung für die Überlebenden dar und hält die Rettungsschiffe vom Einsatzgebiet fern. Diese Praxis ersetzt die frühere Taktik, die Arbeit der Seenotrettungsorganisationen dadurch zu behindern, dass lange Zeit kein Hafen zugewiesen wird, was zu langen Wartezeiten (Stand-offs) auf See führte. Das Rettungsschiff Humanity 1 (SOS Humanity) ist als erstes von dieser Praxis betroffen, als Bari, 650 km vom Ort der Rettung von 261 Überlebenden, als Hafen zur Anlandung zugewiesen wird.



_2. Januar 2023:

Italien erlässt das „Piantedosi-Dekret“, um die Seenotrettung zu behindern.

Unter der Leitung von Innenminister Matteo Piantedosi erlässt die italienische Regierung ein Dekret, das mehrere Verwaltungsvorschriften für Seenotrettungsorganisationen enthält. Mehrere Bestimmungen des Dekrets widersprechen internationalem Recht. Unter anderem sieht das Dekret vor, dass Rettungsschiffe nach der ersten Rettung, die sie durchführen, sofort den zugewiesenen Hafen anlaufen und damit das Gebiet verlassen müssen, in dem die meisten Notfälle auftreten. Halten sich Kapitäne nicht an die Vorschriften, drohen ihnen administrative Festnahmen ihrer Schiffe, Geldstrafen zwischen 3.000 und 10.000 Euro und bei wiederholten Verstößen eine längere Festhaltung oder sogar die vollständige Beschlagnahmung der Rettungsschiffe. Die erste NGO, die in diesem Rahmen festgesetzt wird, ist die Geo Barents (Ärzte ohne Grenzen) am 23. Februar 2023. Der Erlass wird im Februar in ein Gesetz umgewandelt.

_21. Februar 2023:

Der tunesische Präsident Saied schürt rassistische Gewalt.

Anfang Februar beginnt in ganz Tunesien eine Welle von Übergriffen gegen Schwarze Menschen, die sich nach einer rassistischen Rede von Präsident Kais Saied beschleunigt. Unter der Führung von Präsident Kais Saied hat sich Tunesien in den letzten Jahren zunehmend zu einem autokratischen Präsidialsystem entwickelt.

_25.-26. Februar 2023:

94 Menschen sterben bei einem Schiffsunglück vor Cutro, Italien.

In der Nähe der italienischen Stadt Cutro sinkt ein Boot mit rund 200 Menschen in Seenot inmitten rauer Wetterbedingungen. Mindestens 94 Menschen sterben, darunter 35 Minderjährige. Hilfe wird nicht geleistet, obwohl die staatlichen Behörden und Frontex informiert und damit gesetzlich verpflichtet sind, Such- und Rettungsmaßnahmen einzuleiten.

_27. März 2023:

Abschlussbericht der unabhängigen UN-Erkundungsmission zu Libyen.

Der Bericht deckt erhebliche Menschenrechtsverletzungen auf und zeigt, dass flüchtende Menschen systematisch Verbrechen gegen die Menschlichkeit ausgesetzt sind. Außerdem wird die Verwicklung der von der EU finanzierten libyschen Küstenwache in das gewalttätige Inhaftierungssystem und das Menschenhandelsnetz in Libyen aufgedeckt.¹⁸

_14. Juni 2023:

600 Menschen sterben bei einem Schiffsunglück vor Pylos, Griechenland.

Bei einem Schiffsunglück vor Pylos, Griechenland, kommen 600 Menschen ums Leben, als ein überfülltes Boot mit rund 750 Menschen an Bord in griechischen Gewässern kentert. Obwohl die griechischen Behörden am Vortag von Frontex und der zivilen Hotline Alarm Phone über die Notlage des Schiffes informiert wurden, leiten sie keine Rettungsmaßnahmen ein. Nur 104 Menschen überleben.

_16. Juli 2023:

Gemeinsame Absichtserklärung EU-Tunesien.

Die EU schließt ein Abkommen mit Tunesien, um die Zusammenarbeit in mehreren Bereichen zu verstärken, einschließlich 150 Millionen Euro für die Grenzverwaltung und den Aufbau von Such- und Rettungskapazitäten. Das Abkommen und die Tunesien zugewiesenen Mittel werden weithin kritisiert, auch vom Europäischen Parlament.

_Juli 2023:

Deportationen in der tunesischen Wüste.

Im Juli 2023 werden mindestens 2.000 Menschen von den tunesischen Behörden in die Wüstenregionen an der Grenze zu Algerien und Libyen deportiert. Sie werden ohne Zugang zu Nahrung, Wasser oder Unterkunft zurückgelassen, was zum Tod von mindestens 27 Menschen führt.

20 24

_November 2023:

Italien und Albanien vereinbaren Lager für aus dem Meer gerettete Personen.

Das Abkommen sieht vor, dass die von italienischen Behörden auf See geretteten Personen in das rund 1.000 Kilometer entfernte Albanien gebracht werden sollen, um dort in neu errichteten Aufnahmezentren unter Haftbedingungen ein beschleunigtes Asylverfahren nach italienischem Recht zu durchlaufen.¹⁹

_18. Januar 2024:

Änderungen des Rückführungsverbesserungsgesetzes in Deutschland.

Die deutsche Regierung verschärft das Gesetz zur Kriminalisierung von irregulären Einreisen und schafft damit die Möglichkeit, auch die zivile Seenotrettung zu kriminalisieren. Nach Protesten enthält das verabschiedete Gesetz eine Ausnahmeregelung für Seenotrettung, schützt aber nicht flüchtende Menschen und humanitäre Hilfe vor einer Kriminalisierung.

_Februar 2024:

Abkommen EU-Ägypten.

Die EU schließt einen millionenschweren Pakt mit Ägypten, der auch darauf abzielt, Geflüchtete an der Einreise in die EU zu hindern. Menschenrechtsorganisationen kritisieren, dass im Rahmen der Abschottungspolitik der EU Abkommen mit Staaten geschlossen werden, die Menschenrechte strukturell verletzen.²⁰

_20. Februar 2024:

Libyen ist kein sicherer Ort.

Der Oberste Gerichtshof Italiens bestätigte die Verurteilung des Schiffsführers des Handelsschiffs Asso Ventotto wegen der Übergabe geretteter Personen an die sogenannte libysche Küstenwache im Jahr 2018. Das Gericht bestätigt einmal mehr, dass Libyen nicht als sicherer Ort für Überlebende angesehen werden kann.²¹

_10. April 2024:

Das Europäische Parlament stimmt der Reform des gemeinsamen europäischen Asylsystems (GEAS) zu.

Nach langjährigen Verhandlungen verabschiedet die EU die sogenannte GEAS-Reform. Damit werden menschenrechtliche Standards und das Asylrecht faktisch untergraben. Dem Sterben im zentralen Mittelmeer wird jedoch weiter nichts entgegen gesetzt.

_19. April 2024:

Ein italienisches Gericht weist alle Anklagen gegen die Iuventa-Besatzung zurück.

Nach sieben langen Jahren Gerichtsverfahren weist ein italienisches Gericht in Trapani alle Anklagen gegen die Iuventa-Besatzung mit der Begründung ab, dass die Beweise der italienischen Behörden unzureichend sind. Außerdem stellt das Gericht die Glaubwürdigkeit der Zeug:innen infrage.

_Mai 2024:

Protestcamps vor dem UN-Hauptquartier in Tunesien.

Aktivist:innen in Tunesien protestieren gegen die Folgen der europäischen Abschottungspolitik. Immer mehr Menschen auf der Flucht sitzen in Tunesien monatelang oder jahrelang ohne Asylsystem und Schutz fest. Die Menschenrechtsverletzungen gegen Migrant:innen haben seit 2023 stark zugenommen.

_8. Mai 2024:

Verbot von NGO-Flugzeugen über dem Mittelmeer.

Die italienischen Behörden veröffentlichten eine Verfügung, die den Einsatz von NGO-Flugzeugen im Mittelmeer verbietet und drohen, die Flugzeuge bei Nichteinhaltung festzuhalten. Sea-Watch und Pilotes Volontaires setzten ihre Flüge fort.



_Juni 2024:

Tunesische Such- und Rettungszone.

Tunesien richtet mit Unterstützung der EU und Italiens eine eigene Such- und Rettungszone ein. Kritiker:innen weisen darauf hin, dass dies ein weiteres Instrument Europas zur menschenrechtswidrigen Abschottung der EU ist. Wie schon im Fall Libyens wird so ein System geschaffen, durch das Menschen abgefangen und zurück an einen unsicheren Ort gebracht werden, statt dass sie in Einklang mit internationalem Recht gerettet werden.²²

_September 2024:

Menschenrechtsverletzungen in Tunesien.

Tunesien schiebt Flüchtlinge ohne Wasser und Nahrung in die Wüste an der Grenze zu Libyen und Algerien ab. Im September werden mindestens 29 Menschen vermisst, nachdem sie von den tunesischen Sicherheitsbehörden in der Wüste ausgesetzt wurden.

_Oktober 2024:

Piantedosi-Gesetz“ vorm Verfassungsgericht.

Der Richter am Gericht in Brindisi verweist den Fall der Festsetzung der Ocean Viking (SOS Mediterranée) im Februar 2024 an das italienische Verfassungsgericht. Das „Piantedosi-Gesetz“, auf das sich die Festsetzung stützt, soll auf seine Verfassungsmäßigkeit geprüft werden.²³

_Oktober 2024:

Inhaftierung in Albanien scheitert vor Gericht.

Zum ersten Mal werden zwölf aus dem Meer gerettete Menschen auf dem italienischen Militärschiff Libra im Rahmen des Protokolls Italien-Albanien in Aufnahmezentren in Albanien gebracht. Ein Gericht in Rom entschied, dass ihre Herkunftsländer (u. a. Bangladesch und Ägypten) nicht uneingeschränkt als „sicher“ angesehen werden können, und weist daher die Inhaftierung der Männer zurück. Weitere Inhaftierungen in Albanien werden in ähnlicher Weise ausgesetzt.

_November 2024:

Vorschlag für EU-Seenotrettungsmission: Mare Solidale.

Anlässlich der Ernennung der neuen EU-Kommissariate, inklusive der Kommissarin für das Mittelmeer, Dubravka Šuica, veröffentlichen 13 Seenotrettungsorganisationen einen Vorschlag zur Umsetzung eines europäischen Such- und Rettungsprogramms, das im Einklang mit Menschenrechten steht, Seenotrettung als Teil des europäischen Katastrophenschutzes versteht und auf den Erfahrungen aus früheren Seenotrettungsmissionen aufbaut.²⁴

_Oktober 2024:

„Flussi-Gesetz“.

Die italienische Regierung verabschiedet ein neues Gesetzesdekret zur Erweiterung des „Piantedosi-Gesetzes“, um die Arbeit von Such- und Rettungsorganisationen weiter zu behindern.²⁵ Mit dem neuen Gesetz wird eine neue vorläufige Festsetzung von NGO-Schiffen von bis zu 10 Tagen eingeführt, und NGO-Schiffe können bei mehrfachen Verstößen gegen das Gesetz beschlagnahmt werden. Darüber hinaus gelten für zivile Flugzeuge die gleichen Bestimmungen wie für Schiffe nach dem Piantedosi-Gesetz.

20 25

_5. März 2025:

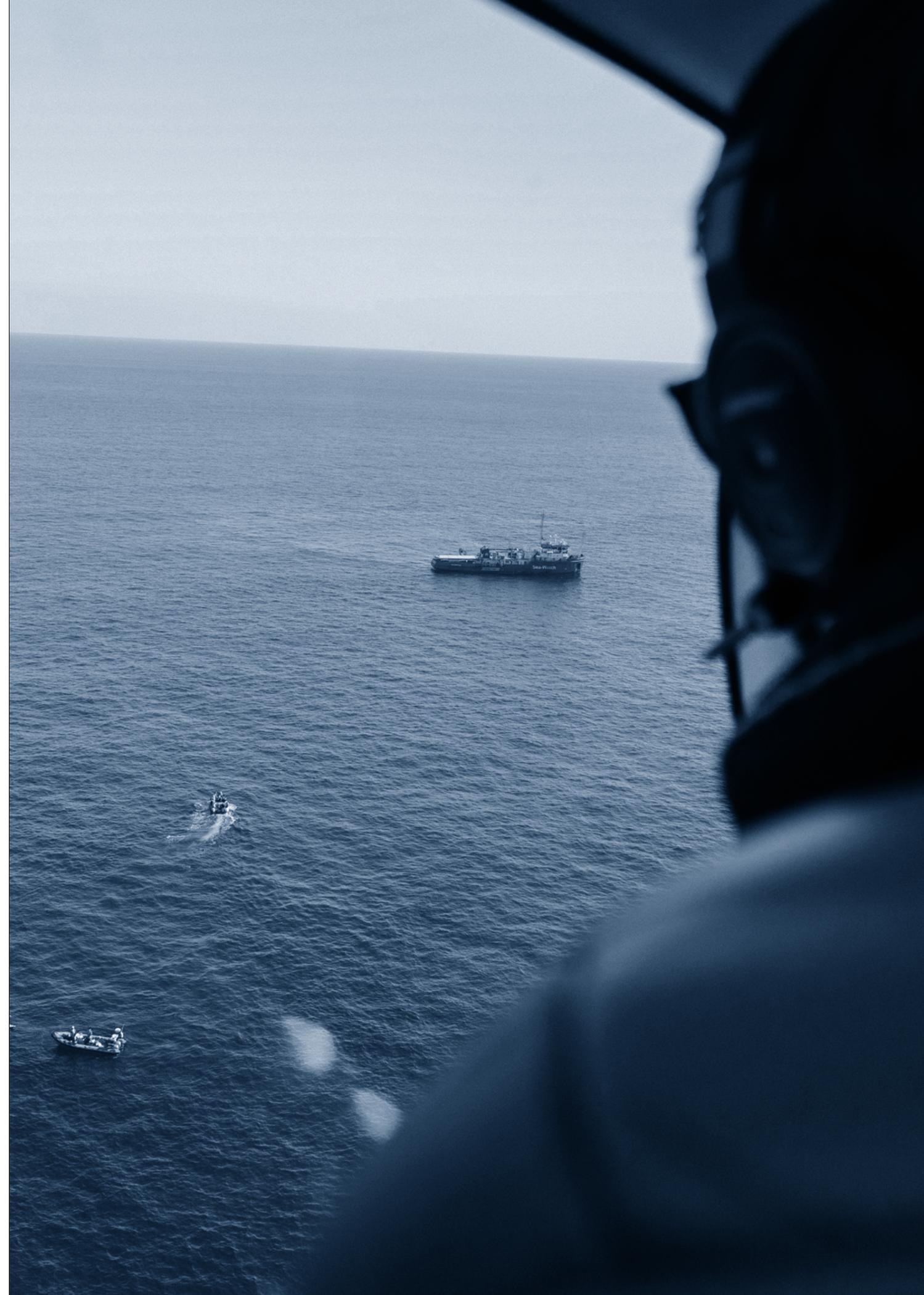
**Strafprozess gegen 6 Offiziere im Zusammenhang mit dem Schiffsun-
glück von Cutro.**

Beginn des Strafprozesses in Reaktion auf das Schiffsun-
glück von Cutro, bei dem sechs Beamte der italienischen Küstenwache (Guardia Cos-
tiera) und der Finanzpolizei (Guardia di Finanza) von der italienischen
Staatsanwaltschaft des fahrlässigen Schiffbruchs und des mehrfachen
Totschlags angeklagt werden.

_28. März 2025:

**6 Mitglieder der NGO Mediterranea – Saving Humans werden wegen
schwerer Beihilfe zur illegalen Einwanderung angeklagt.**

Nach den Ermittlungen im Jahr 2021 werden 6 Mitglieder der NGO Medi-
terranea – Saving Humans angeklagt, weil sie im Jahr 2020 27 Personen
von dem Handelsschiff Maersk Etienne an Bord genommen und mit
Genehmigung der italienischen Behörden in Italien an Land gebracht
haben – nachdem diese zuvor wochenlang auf See festsaßen.²⁶



Impressum

Sea-Eye e. V.

Postfach 120226
93024 Regensburg
www.sea-eye.org

Sea-Watch e.V.

Moosdorfstr. 7-9
12435 Berlin
Deutschland
www.sea-watch.org

SOS Humanity e.V.

Graefestraße 71
10967 Berlin, Germany
www.sos-humanity.org

United4Rescue – Gemeinsam Retten e.V.

Herrenhäuser Straße 12
30419 Hannover
Deutschland
www.united4rescue.org

V.i.S.d.P. Mirka Schäfer

Design & Layout

Björn Schmitz
bjoernschmitz.com

Fußnoten

- 1 https://publications.iom.int/system/files/pdf/four_decades_of_cross_mediterranean.pdf?utm_source=chatgpt.com
- 2 <https://www.marina.difesa.it/EN/operations/Pagine/MareNostrum.aspx>
- 3 <https://www.interno.gov.it/it/notizie/conclude-mare-nostrum-triton>
- 4 <https://www.ohchr.org/en/hr-bodies/hrc/libya/index>
- 5 https://swla.eu/en/project/unlawful-detention-sea-watch-3/?utm_source=chatgpt.com
- 6 [https://www.avvenire.it/c/attualita/Documents/M_INFR.GABINETTO.REG_DECRETI\(R\).0000150.07-04-2020%20\(3\).pdf](https://www.avvenire.it/c/attualita/Documents/M_INFR.GABINETTO.REG_DECRETI(R).0000150.07-04-2020%20(3).pdf)
- 7 <https://alarmphone.org/en/2020/04/16/twelve-deaths-and-a-secret-push-back-to-libya/>
- 8 <https://sea-eye.org/en/harassment-of-rescue-ship-alan-kurdi-prevents-next-mission/>
- 9 <https://maersktankers.com/newsroom/caught-at-sea-after-rescuing-27-people>
- 10 <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/HTML/?uri=CELEX:32020H1365>
- 11 <https://ec.europa.eu/transparency/expert-groups-register/screen/expert-groups/consult?lang=en&groupId=3752&fromMeetings=true&meetingId=27635>
- 12 <https://www.statewatch.org/news/2021/march/italy-police-operation-against-life-saving-civil-society-organisation/>
- 13 <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/frontex-leggeri-ruecktritt-101.html>
- 14 <https://euaa.europa.eu/establishment-voluntary-solidarity-mechanism>
- 15 https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX%3A62021CJ0014&utm_source=chatgpt.com
- 16 <https://www.statewatch.org/media/3903/eu-com-sar-roadmap-plan.pdf>
- 17 <https://www.proasyl.de/en/pressrelease/landmark-court-ruling-on-2013-shipwreck-italian-coast-guard-and-navy-responsible-for-deaths-of-268-refugees/>
- 18 <https://media.un.org/avlibrary/en/asset/d302/d3027610>
- 19 <https://www.amnesty.org/en/documents/eur30/7587/2024/en/>
- 20 <https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2024/01/23/10th-eu-egypt-association-council-meeting-joint-press-statement-by-egypt-and-the-european-union/>
- 21 <https://www.infomigrants.net/en/post/55310/italys-top-court-handing-over-migrants-to-libyan-coast-guards-is-illegal>
- 22 <https://www.agenzianova.com/en/news/Tunisia-establishes-a-search-and-rescue-zone-at-sea/>
- 23 <https://www.sosmediterranea.org/the-constitutional-court-called-upon-to-rule-on-the-piantedosi-decree/>
- 24 https://sea-watch.org/wp-content/uploads/2024/11/2024-seawatch_adv-mare_solidale-DE.pdf
- 25 <https://sos-humanity.org/en/press/flows-decree/>
- 26 <https://maersktankers.com/newsroom/caught-at-sea-after-rescuing-27-people>

Bildnachweis

Foto Seite 1: Hugo Le Beller
Foto Seite 5, 8: Selene Magnolia
Foto Seite 11: Fabian Melber
Foto Seite 12, 19: Pietro Bertora
Foto Seite 13: Nora Börding
Foto Seite 24: Paul Lovis Wagner
Foto Seite 27: Felix Weiss
Titelgestaltung und Illustrationen: Björn Schmitz

